



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 7. März 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

29. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 6. März 2014,
im Sitzungszimmer 383 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm Berichte zu folgenden Themen entgegen, an die sich jeweils eine Aussprache anschloss:

- **Situation der Geburtshilfe in Ostholstein**
- **Versicherungen für Hebammen**
- **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schleswig-Holstein**

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die **Ausübung der Patientenrechte der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung**, [Drucksache 18/1529](#), beschloss der Ausschuss mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Angestrebt wird, die zweite Lesung in der März-Tagung durchzuführen.

Den Bericht der Landesregierung, **Psychiatrieplanung in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1518](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern**, [Drucksache 18/1145](#), schloss sich der Ausschuss der Empfehlung des ebenfalls beteiligten Bildungsausschusses an und empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Zum Bericht der Landesregierung, **Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1371](#), empfahl der Sozialausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, eine gemeinsame Anhörung durchzuführen.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Anonyme Spurensicherung ermöglichen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN und der CDU

[Drucksache 18/605](#) (neu)

Sicherung von Tatspuren bei sexueller Gewalt

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/664](#) – selbstständig –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/2246](#)

- **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/899](#)

Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1049](#)

Schluss: 17:15 Uhr

gez. Petra Tschanter